

Einleitung

I.

Wolfgang Schollwers Tagebuch berichtet aus dem Innenleben einer bürgerlichen Partei in der SBZ/DDR: ein ehemaliger LDP-Funktionär, Berufspolitiker aus Zufall, beschreibt die Jahre 1948–1950. Es sind die Jahre, in denen die Teilung Deutschlands faktisch wird, in denen die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vorbereitet und vollzogen wird. Peter Bloch, wie Schollwer in Brandenburg, aber in der CDU tätig, gab seinen Erinnerungen über diese Zeit den Titel: „Zwischen Hoffnung und Resignation“.¹ Beide Stimmungen durchziehen auch Schollwers Tagebuch und es gelingt ihm, zu veranschaulichen, woher diese Gefühle kamen: die Hoffnung richtete sich nach „draußen“, bei Schollwer ausgedrückt in dem immer wiederkehrenden Wunsch, daß die Siegermächte zu einer gemeinsamen Politik finden, an deren Ende ein ungeteiltes Deutschland steht. Die Resignation entstand mit der Teilnahme an den politischen Prozessen „innen“: in Schollwers Tagebuch wird deutlich, wie eng die Grenzen einer eigenständigen Politik für die nichtkommunistischen Parteien in der SBZ/DDR waren.

Als Angestellter der LDP gehörte Schollwer qua Funktion zahlreichen Gremien der Partei wie des Blocks an, was ihm die Gelegenheit gab, innerparteiliche Willensbildungsprozesse, aber auch das Zusammenspiel mit Besatzungsmacht und konkurrierenden Parteien zu beobachten. Er, der nicht Politiker, sondern Arzt werden wollte, wuchs langsam in die Politik hinein und seine Aufzeichnungen spiegeln auch einen Lernprozeß wieder. Handelnd, nicht von einem theoretischen Standpunkt aus, begreift Schollwer die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der SBZ/DDR. Ihn beschäftigt nie die Frage, was ist „liberal“, was ist „sozialistisch“, sondern er beschreibt, was passiert und er beschreibt es so, daß der Leser nachvollziehend versteht.

Das Tagebuch entstand aus einer Gewohnheit: schon als Schüler hatte Schollwer ihm wichtig erscheinende politische Ereignisse in einem Notizbuch vermerkt, später kam Privates hinzu. Aus dem Beobachter von Politik wurde nach und nach ein politisch Handelnder, aber trotz seines Engagements gab Schollwer in gewisser Weise den Standpunkt des Beobachters nie auf: er glaubte nicht, eine wichtige Person der Zeitgeschichte zu sein;

¹ Peter Bloch, Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950, hg. von Siegfried Suckut, Köln 1986.

frei von Eitelkeit und dem Wunsch, sein Handeln ins rechte Licht zu rücken, notierte er Ereignisse, beschrieb Situationen und Menschen, stellte sein Handeln und Argumentieren und das der anderen dar. Sachlich, manchmal auch Emotionen Ausdruck gebend, sind seine Aufzeichnungen voll von farbigen Einzelheiten: politische Versammlungen, Ängste, Unsicherheiten, Reaktionen auf die „große“ Politik, das Entstehen von politischem Druck und hilfloses und erfolgloses Taktieren bürgerlicher Politiker – für den Leser wird die Zeit anschaulich, in der in einem Teil Deutschlands ein Staat mit einer „sozialistischen Gesellschaftsordnung“ errichtet wird.

II.

Wolfgang Schollwer, geboren am 13. Februar 1922 als Sohn eines Arztes und einer Klavierlehrerin in Potsdam, wuchs in einem konservativen Elternhaus auf; die Eltern wählten die Deutschnationale Volkspartei, der Vater war seit 1929 DNVP-Mitglied. Trauer um den Verlust der Monarchie und Vorurteile gegen alles, was nicht deutsch, monarchistisch und preußisch war, gingen einher mit der Tatsache, daß die Republik eine Verschlechterung der materiellen Situation bedeutete: bis 1918 hatte der Vater als „Hofarzt“ der Familie ein sicheres Einkommen und gesellschaftliche Anerkennung verschafft. Rückwärtsgewandt und politisch eng: das war das Milieu, in dem Schollwer aufwuchs.

Nach Absolvierung einer privaten Lehranstalt besuchte er ab 1932 ein humanistisches Gymnasium, an dessen Spitze bis 1945 ein demokratisch gesinnter Direktor stand, dem Schollwer es heute als Verdienst anrechnet, daß der Unterricht nicht stärker vom „braunen Gedankengut“ infiziert wurde. Der schüchterne Junge wurde 1934 Mitglied im Jungvolk der HJ: der Vater war als Vorsitzender des „Potsdamer Schutzverbandes der Ärzte“ durch einen Parteigenossen abgelöst worden und man sah in einem möglichen Engagement des Sohnes wohl ein gutgemeintes Zeichen gegenüber den Nazis, die ansonsten in der Familie nicht ernstgenommen wurden, weil man sich ihnen aufgrund von Herkunft und Bildung überlegen fühlte. Auch in der HJ, in die er 1936 überwiesen wurde, blieb Schollwer ein Außenseiter: er machte ohne Freude mit und empfand sein Abseitsstehen zugleich als Charakterschwäche – eine Erfahrung, die er später als Soldat wiederholte.

In den letzten Jahren vor dem Abitur begann sich Schollwer vage für Politik zu interessieren. Es sammelte Zeitungsausschnitte und vermerkte in seinem Notizbuch politische Ereignisse. Den Kriegsausbruch erlebte er ohne Begeisterung, aber wie viele seiner Klassenkameraden suchte er sich eine Arbeit in einem „kriegswichtigen Betrieb“, dem Heeresproviandamt. Am 30. September 1940 wurde Schollwer zum Reichsarbeitsdienst in Treb-

bin eingezogen, im Februar 1941 zur Wehrmacht. Er kam als Angehöriger eines Artillerieregiments an die Ostfront und wurde im Juli 1943 wegen Malariaanfällen in ein Lazarett in Kiew eingeliefert. Dieser Lazarettaufenthalt war für Schollwer aus zwei Gründen für sein weiteres Leben entscheidend. Er entschloß sich, Medizin zu studieren, und er machte hier eine Erfahrung, über die er in seinem späteren Leben oft nachgedacht hat. Das Lazarett befand sich im ehemaligen jüdischen Viertel von Kiew, dessen Bevölkerung die Nazis im September 1941 umgebracht hatten. Bei einem seiner Spaziergänge in der Umgebung kam Schollwer in einem Waldstück an eine Schlucht, die von einem deutschen Soldaten bewacht wurde, vermutlich ein Massengrab. Daß es ein Massengrab sein könnte, dieser Gedanke kam ihm für einen Augenblick, und wurde gleich verdrängt von anderen Gefühlen: von dem Tabu, zu fragen, auch von dem Wunsch, nichts zur Kenntnis zu nehmen, was das Überleben in diesem Krieg irgendwie gefährden könnte. Erst viel später ist Schollwer bewußt geworden, wie aus einer solchen – individuell zu verstehenden – Schwäche Schuld entsteht.

Im Oktober 1943 wurde Schollwer zum Obergefreiten befördert und im November 1943 zu einem Lehrgang für Reserveoffiziere abkommandiert, nach dessen Beendigung er erneut zur „Frontbewährung“ nach Ostgalizien (Lemberg) geschickt wurde. Nach Abschluß eines weiteren Lehrganges auf der Waffenschule in Ostpommern wurde er im Januar 1945 zum Leutnant der Reserve befördert und im Februar 1945 verwundet. Im März 1945 kam er in ein Lazarett in Schivelbein in russische Gefangenschaft, aus der er im Juni des gleichen Jahres entlassen wurde. Den 8. Mai 1945 nahm er deprimiert zur Kenntnis: dieser Tag symbolisierte für ihn die Niederlage Deutschlands und nicht die Befreiung vom Nationalsozialismus. Schollwer war kein Nationalsozialist gewesen, aber entsprechend seiner Herkunft und seiner Erziehung dachte er „national“: er träumte von einem großen, mächtigen Deutschland. Die Gesellschaft, die er sich vorstellte, war bestimmt von den Werten Ordnung und Disziplin; am liebsten wäre ihm eine konstitutionelle Monarchie gewesen.

Ohne Ausbildung und ohne Beruf kehrte Schollwer nach Potsdam zurück. Er bewarb sich in Berlin um die Zulassung zum Medizinstudium für das Wintersemester 1945/46 und verbrachte den ersten Nachkriegssommer vor allem damit, Konzerte, Theater, Kinos zu besuchen. Im Januar 1946 begann er mit einem Praktikum in der Chirurgie des katholischen St.-Josef-Krankenhauses in Potsdam und erhielt im gleichen Monat die Mitteilung, daß sein Antrag auf Zulassung zum Medizinstudium aus politischen Gründen abgelehnt worden sei. In einem Gespräch mit dem Prüfungsausschuß in Juni 1946 wurde ihm eine erneute Bewerbung zum Wintersemester 1946/47 empfohlen und als auch dieser Antrag abgelehnt wurde, erhielt Schollwer den Rat, in die SED einzutreten.

Um das geforderte gesellschaftlich-politische Engagement für die Zulas-

sung zum Medizinstudium nachzuweisen, trat er im September 1946 der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) bei – von allen „Blockparteien“ schien ihm diese Partei die unproblematischste zu sein. Aus ähnlichen Motiven wie Schollwer waren viele zur LDP gekommen, sie war das „kleinere Übel“ für alle, die nicht in eine sozialistische oder in eine christliche Partei gehen wollten, für die aber der Nachweis politischen Engagements gegenüber der russischen Besatzungsmacht vor allem aus beruflichen Gründen wichtig war. Entsprechend dem Befehl Nr.2 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 10. Juni 1945 über die Bildung von „Antifaschistischen Parteien“ waren im Juni/Juli 1945 nacheinander KPD, SPD, CDU und LDP zugelassen worden; KPD und SPD wurden im April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vereinigt. Die LDP verstand sich in der Tradition der bürgerlich-liberalen Parteien der Weimarer Republik stehend; ihre Mitglieder waren vor allem Akademiker, Angestellte, Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker und Beamte. Programatisch stellte sich die Partei in den ersten Jahren diffus dar: es gelang ihr keine überzeugende Beschreibung über Zweck und Aufgabe einer liberalen Partei. Bis zum „Eisenacher Programm“ vom Februar 1949 scheute sich die Parteiführung vor einer programmatischen „Festlegung“, was ihre Position gegenüber Besatzungsmacht und SED nicht gerade stärkte.

Hinzu kamen die besonderen Bedingungen in der Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Alle Parteien arbeiteten unter der Kontrolle der SMAD und entsprechend ihren Instruktionen, formal gleichberechtigt, aber unter Führung der „Partei der Arbeiterklasse“. Diese Konstellation entsprach der kommunistischen Ideologie vom Übergang zum Sozialismus, in der die Parteien, aber auch die Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Frauenvereine, die Funktion von „Transmissionsriemen“ übernehmen sollten. Hermann Weber hat die Methoden der SMAD in diesem „Transformationsprozeß“ in bezug auf die nichtkommunistischen Parteien in neun Punkten kategorisiert: 1. Säuberungen; 2. Druck ausüben; 3. Zwiespalt säen; 4. Verfügung über materielle Ressourcen; 5. Beherrschung der Medien; 6. Unterstützung von Anhängern der sowjetischen Politik; 7. Bearbeitung von Gegnern; 8. Ermöglichung von Karrieren; 9. Planmäßige Kaderarbeit.²

Von all dem findet man etwas in Schollwers Tagebuch. Nüchtern, oft mit Ironie, manchmal mit verhaltener Wut schildert Schollwer, wie die LDP zunehmend in den „Block“ eingebunden wird. Er beschreibt an vielen Beispielen den Druck der SMAD, aber er beschreibt auch, wie die unsichere, oft naive Haltung von LDP-Politikern und Funktionären diese Entwicklung begünstigte.

² Hermann Weber, Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems in der SBZ/DDR, in: ders. (Hg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982, S.40–47.

Schollwer wollte weder Politiker noch Funktionär werden, doch als er der LDP beigetreten war, erhielt er bald sein erstes Ehrenamt: er wurde Vertrauensmann der LDP für seinen Wohnbereich, was vor allem hieß: er führte die Mitgliederkartei. Bald war er Kassenwart der Ortsgruppe und Mitglied im Jugendausschuß des Kreisverbandes, er besuchte immer häufiger Parteiveranstaltungen, hielt Kurzreferate, nahm sogar als Teilnehmer an einer Diskussionssendung mit der FDJ im Landessender Potsdam teil. In diesen Monaten interessierte er sich zwar immer mehr für Politik, dachte allerdings überhaupt nicht daran, Berufspolitiker zu werden, sondern wollte nach wie vor Medizin studieren. Von Dezember 1946 bis zum Dezember 1947 arbeitete er als „Seuchenarbeiter“ beim Landesgesundheitsamt Berlin; im Herbst 1947 bewarb er sich erneut um einen Medizinstudienplatz, der ihm, trotz eines Empfehlungsschreibens von Dr. Wilhelm Külz an den Prüfungsausschuß, abgelehnt wurde. Seine bürgerliche Herkunft, seine militärische Vergangenheit und seine Weigerung, der SED beizutreten, dürften für diese Ablehnung ausschlaggebend gewesen sein.

Als er Ende 1947 vom Landesverband der LDP das Angebot bekam, die Arbeit des Parteigeschäftsführers in Potsdam zu übernehmen, sagte er zu. Ohne es zu wissen, tat er damit den ersten Schritt auf einem Weg, der ihn zu einem Berufspolitiker „in der zweiten Reihe“ machte. Mit dem Januar 1948, der Übernahme des Amtes als – wie es offiziell hieß – Kreissekretär der LDP in Potsdam, beginnt des Tagebuch.

Neben den Routineaufgaben als Kreissekretär – Schollwer gehörte im Frühjahr 1948 neun Ausschüssen, Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften des „Blocks“ an – waren es Jugendfragen, denen sein größtes Interesse galt. Bereits 1947 war er Mitglied im Landesjugendausschuß der LDP, wurde im August 1948 zum Vorsitzenden des Ausschusses für Jugend- und Nachwuchsfragen gewählt und war seit Oktober 1948 Mitglied im Zonenjugendausschuß der Parteileitung, seit November 1948 gleichzeitig Jugendsekretär beim Landesverband Brandenburg. Die Jugendausschüsse der Partei wurden im Januar 1949 aufgelöst und in „Jugendbeiräte“ umgewandelt: auf diese Weise sollten die liberalen Jugendfunktionäre in Ämter der Partei integriert und eigenständige Jugendarbeit unmöglich gemacht werden.

Zur Jugendarbeit im weiteren Sinn gehörte auch die Kommission zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums; Schollwer beschreibt in seinem Tagebuch, wie er hier und im Kreissequesterausschuß von Anfang an in Konflikt mit SED und SMAD geriet. Je mehr sich Schollwer politisch vor allem in der Jugendarbeit engagierte, um so größer wurde das Konfliktpotential: als im März 1946 die FDJ gegründet worden war, wurde sie als überparteiliche und einzig zugelassene Jugendorganisation gegründet: Jugendorganisationen anderer Parteien waren verboten. In dem Maße also, wie das Engagement liberaler Jugendarbeit auf eine eigenständige Jugendpolitik zulief, wurde der Argwohn der SMAD geweckt.

Schollwer begann seine hauptamtliche Tätigkeit bei der LDP politisch völlig unerfahren; in den Ausschüssen und Kommissionen des Blocks saß er meistens ohne jede Direktive oder politische Richtlinie der Partei. Er war allein auf sich gestellt und in den Diskussionen, die er mit seinen Gegnern zu führen hatte, bildete sich erst allmählich ein politischer Standpunkt heraus. Seine Unerfahrenheit mag dazu geführt haben, daß er sich in vergleichbaren Situationen unterschiedlich verhielt: einmal äußerte er freimütig seine Meinung, weil er die Konsequenzen einer solchen Äußerung nicht übersah, ein anderes Mal wich er vor tatsächlichen oder auch nur eingebildeten Bedrohungen zurück. Und so wie ihm ging es vielen „bürgerlichen“ Politikern – ein leichtes Spiel für die Besatzungsmacht und die in Kaderpolitik geschulten Vertreter der SED!

Auf Drängen des geschäftsführenden Landesvorsitzenden Ingo von Koerber übernahm Schollwer im Juni 1948 das Amt des Landessekretärs der LDP Brandenburg. Er bekam in dieser Tätigkeit Einblick in die LDP-Arbeit „vor Ort“: als Referent trat er bei lokalen Parteiversammlungen auf, stellte für seine Monatsberichte an die SMAD Informationen über die örtlichen Gruppierungen zusammen. Und er lernte die LDP „von der anderen Seite“ kennen: indem er an den Sitzungen des Landesvorstandes teilnahm, gewann er Einblick in Entscheidungsprozesse, die auf liberaler Seite die Entstehung der DDR begleiteten.

Schollwers Beobachtungen geben einen tiefen Einblick in die Dauerkrise der LDP; die Parteiführung vertrat mehr die Linie des Durchmorgens als einen klaren Kurs, die Parteimitglieder fühlten sich allein gelassen und reagierten verunsichert, ängstlich, manchmal auch rebellisch. Viele resignierten, traten aus der Partei aus oder flohen, viele wurden verhaftet.

Im Winter 1949/50 mußte sich auch Schollwer Verhören durch den russischen Geheimdienst unterziehen: seine Jugendarbeit hatte Mißfallen erregt, man versuchte Druck auf ihn auszuüben, ihn für Spitzeldienste zu gewinnen. All das beschreibt er in seinem Tagebuch. Als er sich störrisch zeigt, hören die Verhöre plötzlich auf, aber Schollwers Position in der Partei wird immer schwieriger. Im Februar 1950 hatte der Landesvorstand der LDP in Brandenburg ein Sonderparteigericht eingesetzt, das sich mit Vorgängen in der Landtagsfraktion der Partei beschäftigen sollte. Fünf Landtagsabgeordnete hatten auf einer Fraktionssitzung angeblich antisowjetische Äußerungen gemacht; ein anwesender ADN-Vertreter hatte diese Äußerungen in die kommunistische Presse gebracht. Aber das Parteigericht, an dem Schollwer als „Ankläger des Landesverbandes“ teilnehmen sollte, hatte sich nicht nur mit diesem Fall zu beschäftigen. LDP-Funktionäre, die sich – wie auch immer – kritisch zu Vorgängen in der DDR äußerten, wurden in diesen Wintermonaten Gegenstand der SED-Presse oder durch bestellte Protestaktionen bedrängt; auf jeden Fall kamen sie quasi automatisch vor das Parteigericht.

Schollwer vertrat in diesem Parteigericht keineswegs den strengen Standpunkt der Anklage, sondern plädierte nur da für Parteiausschluß, wo ein Parteimitglied eindeutig gegen Parteirichtlinien verstoßen hatte; in einigen Fällen weigerte er sich sogar, überhaupt ein Verfahren einzuleiten. Daraufhin kam es zu einem Konflikt mit dem Landesvorsitzenden Ingo von Koerber, der Schollwers Verhalten zum Anlaß nahm, grundsätzliche Kritik an dessen Arbeit und seiner politischen Haltung zu üben. Schollwer brachte das Maß zum Überlaufen, als er auf einer Tagung im Mai 1950 vor LDP-Funktionären in der Nationalen Front vom Parteivorsitzenden Hamann Aufschluß darüber verlangte, wie die LDP sich zu der Auffassung der Kommunisten verhalten wolle, daß die „bürgerlichen Parteien“ im „Kampf gegen die Reaktion“ auszunutzen seien. Zum 31. Juli 1950 wurde Schollwer fristlos als Landessekretär gekündigt, mußte nach und nach alle Parteiämter aufgeben, und blieb lediglich Stadtverordneter von Potsdam. Nachdem er sich kurze Zeit als Hilfskrankenpfleger im städtischen Krankenhaus von Potsdam finanziell über Wasser gehalten hatte, floh er Ende Oktober 1950 mit seiner Frau nach Westberlin.

Ingo von Koerber hatte Wolfgang Schollwer in einer Beurteilung vom 20. März 1950 bescheinigt, daß er „mit den allermeisten politischen Fragen gut vertraut“ sei und das er in seinem Auftreten für die Partei und für die Nationale Front „stets die allerbesten Erfolge“ gehabt habe. Und weiter: „Er hat seine ganze Arbeitskraft der Politik gewidmet und will auch voraussichtlich dabei bleiben, seine Befähigung liegt durchaus dafür vor.“³ Ein Jahr zuvor, im April 1949, hatte Koerber Schollwer bescheinigt: „Herr Schollwer ist eine junge politische Kraft, die sich sicher noch weiter entwickeln wird und den Anforderungen der Gegenwart in jeder Weise gewachsen ist.“⁴

Die „Anforderungen der Gegenwart“ stellten sich in Westberlin als Arbeitslosigkeit und materielle Not dar; politisch engagierte sich Schollwer wieder ehrenamtlich. Gleich nach seiner Flucht trat er in die FDP von Wilmersdorf ein und wurde Mitglied einer brandenburgischen LDP-Flüchtlingsgruppe. Im Winter 1950/51 erhielt er von der Außenstelle Berlin des „Hilfsdienst Ost“ der FDP den Hinweis, daß bei der Zentrale in Bonn die Stelle eines Sachbearbeiters frei sei; Schollwer bewarb sich und begann im April 1951 mit seinem Dienst.

Der „Hilfsdienst Ost“ der FDP, später in „Ostbüro“ umbenannt, erfüllte im wesentlichen drei Aufgaben: Erstens unterhielt er „Außenstellen“ in Gießen, Uelzen und Berlin, die der Flüchtlingsbetreuung dienten. Flüchtlinge aus der DDR erhielten hier Hilfe bei der Stellenvermittlung

³ Ingo von Koerber: Beurteilung für Wolfgang Schollwer vom 20.3.1950 (AdL 6947-6).

⁴ Ingo von Koerber: Charakteristik von Herrn Schollwer, vermutlich 28.4.1949 (AdL 6947-3).

oder auch finanzielle Unterstützung, bekamen unter Umständen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt und wurden nach den Verhältnissen und ihren politischen Aktivitäten in der DDR befragt. Zweitens wurden in der Zentrale des Ostbüros Informationen aus und über die DDR gesammelt und ausgewertet. Und drittens fanden gelegentlich sogenannte Informationskampagnen statt, bei denen mit Hilfe von Luftballons Handzettel und Flugblätter in die DDR geschickt wurden.

Schollwer konnte mit dieser Arbeit berufsmäßig fortsetzen, was ihm aufgrund seiner Biographie zum Anliegen geworden war: sich mit der DDR beschäftigen. Er trat als Redner vor Flüchtlingsversammlungen auf, arbeitete an den Publikationen des Ostbüros mit, wertete Zeitungen und Zeitschriften im Hinblick auf DDR-Informationen aus. 1955 kam es auf dem Bundesparteitag der FDP in Oldenburg sogar zu einer unfreiwilligen Begegnung mit Vertretern der LDP: unter Leitung von Rudolf Agsten erschien unangemeldet eine Delegation der LDP mit dem Anliegen, ein Gespräch mit dem FDP-Bundesvorstand zu führen und dem Parteitag eine Grußbotschaft zu überbringen. Zu dieser Delegation gehörte auch Carl Mühlmann, der Schollwers Entlassung als LDP-Funktionär mitbetrieben hatte. Mühlmann bat Schollwer, das Anliegen der Delegation bei den Gremien der FDP befürwortend zu vertreten, was Schollwer natürlich ablehnte und was sicher auch ohne Erfolg gewesen wäre.

Man tut Schollwer kein Unrecht, wenn man ihn für die erste Hälfte der fünfziger Jahre als „kalten Krieger“ bezeichnet. Auf die 1952 formulierten – weithin noch als häretisch geltenden – Vorstellungen des FDP-Bundestagsabgeordneten Karl Georg Pfeleiderer, daß eine Wiedervereinigung nur dann realistische Aussichten auf Erfolg habe, wenn sie das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion berücksichtige und wenn der erste Schritt dahin nicht die Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland, sondern Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion sei, antwortete Schollwer 1956 mit eine Analyse, der er den Titel „Moskau und die deutsche Frage“ gab und in der er davor warnte, anzunehmen, daß die UdSSR etwas anderes als einen ‚gesamtdeutschen Satellitenstaat‘ wolle. Gespräche mit der DDR lehnte er strikt ab und forderte statt dessen wirtschaftliche Sanktionen gegenüber der Sowjetunion sowie die ‚Aufweichung des Warschauer Paktes‘ durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu allen Staaten außer der DDR. (In diesem Punkt trafen sich seine Gedanken mit denen Pfeleiderers, allerdings von einem anderen Ansatz herkommend.)

Nun war es ausgerechnet die FDP, die das Gespräch mit der DDR suchte: im Juli 1956 trafen sich in Garmisch-Partenkirchen der stellvertretende Bundesvorsitzende Erich Mende und Wolfgang Döring mit den Mitgliedern des Zentralvorstandes der LDP Manfred Gerlach, Rudolf Agsten und Harald Werthmann, um einen Redneraustausch zwischen beiden Parteien zu vereinbaren. Im Oktober 1956 wurde das Gespräch, an dem

von seiten der FDP auch Walter Scheel teilnahm, fortgesetzt, ohne daß Ergebnisse zustande kamen. Doch allein die Tatsache der Kontakte zeigte, daß innerhalb der FDP-Führung die harte Linie des Ostbüros keine Mehrheit hatte. Das Ostbüro, das als selbständige Organisation eine große Eigenständigkeit entwickelt hatte, wurde aufgelöst und statt dessen im November 1956 in der Bundesgeschäftsstelle der FDP ein „Referat für Wiedervereinigung“ eingerichtet. Wolfgang Schollwer wurde in das Pressereferat der FDP versetzt.

Schollwer begann seine neue Tätigkeit mit Widerwillen, auch mit großer Skepsis gegenüber dem Pressechef Josef Ungeheuer, der ein Exponent der aus Schollwers Sicht „weichen“ Politik gegenüber dem Osten war. Er merkte jedoch bald, welche Chance sich ihm in dieser Stelle bot: nicht nur konnte er weiterhin Informationen sammeln und viel im Pressedienst der Partei, der „freien demokratischen korrespondenz“ (fdk), schreiben, sondern er nahm auch an den deutschland- und außenpolitischen Arbeitskreisen der FDP teil, und wuchs so allmählich in die Rolle eines deutschland- und ostpolitischen Referenten hinein.

Schollwers Vorstellungen von einer deutschen Ostpolitik begannen sich zu differenzieren. Die Ereignisse des Jahres 1956 (Chruschtschows Kritik an Stalin vor dem 20. Parteitag der KPdSU, die Unruhen in Polen und Ungarn) hatten das Bild vom monolithischen Ostblock verändert; hinzu kam die Erkenntnis, daß Adenauers Politik der Westbindung das Ziel der Wiedervereinigung in weite Ferne rücken ließ. Schollwer begann sich Gedanken darüber zu machen, wie unter den gegebenen Umständen eine Annäherung der beiden deutschen Staaten möglich wäre.

Als Josef Ungeheuer im Oktober 1959 starb, wurde Schollwer sein Nachfolger als Chefredakteur der fdk und Pressechef der FDP; er war dem damaligen Bundesgeschäftsführer Karl-Hermann Flach direkt unterstellt. Er trat häufig auf Diskussionsveranstaltungen als Vertreter der FDP auf, hielt Referate, unternahm im Frühjahr 1963 eine größere USA-Reise. Aus dem kalten Krieger wurde ein Entspannungspolitiker: 1962 verfaßte Schollwer eine Denkschrift mit dem Titel „Verklammerung und Wiedervereinigung“⁵, die die interne Diskussion in der Partei über die Deutschlandpolitik provozieren sollte. In dieser Studie forderte Schollwer dazu auf, die Wiedervereinigung als ein Fernziel anzusehen, und alle Kräfte darauf zu richten, die Wiederannäherung der beiden deutschen Staaten zu erreichen. Als konkrete Maßnahmen auf diesem Weg empfahl er unter anderem die Anerkennung der Souveränität der DDR, die Aufgabe der Hallstein-Doktrin, die Schaffung einer atomwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa und die Respektierung der bestehenden Ostgrenzen bis zur endgültigen Regelung durch einen Friedensvertrag.

⁵ Abgedruckt in: Wolfgang Benz, Günter Plum und Werner Röder, *Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945*, Stuttgart 1978, S. 185–204.

Schollwer machte sich damit zum Sprachrohr einer einflußreichen Minderheit in der FDP, die auf eine Änderung der deutschlandpolitischen Vorstellungen innerhalb der Partei drängte. Zwei Jahre später, 1964, provozierten Schollwers Gedanken eine erregte öffentliche Diskussion: seine Studie war ohne sein Wissen an die „Quick“ gelangt und dort veröffentlicht worden. Zwar distanzierte sich der Parteivorsitzende Erich Mende sofort von ihrem Inhalt, doch die 1966 beginnende Oppositionszeit gegen die Große Koalition gab der FDP die Möglichkeit, unabhängig von Koalitionsrücksichten und in aller Offenheit eine eigenständige Deutschlandpolitik zu formulieren.

Im Dezember 1966 verfaßte Wolfgang Schollwer für eine Klausur des Bundesvorstandes ein Arbeitspapier zur Deutschland- und Außenpolitik, in dem er Verhandlungen mit der DDR, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa forderte. Auch diese „Schollwer-Studie“ wurde einer Illustrierten, dieses Mal dem „Stern“, zugespielt und im März 1967 veröffentlicht.⁶

Zusammen mit Rubins Artikel „Die Stunde der Wahrheit“, der ebenfalls die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze forderte, spitzten die Ideen Schollwers die Auseinandersetzungen in der FDP zu. Die Forderungen nach einer Revision der Deutschland- und Ostpolitik wurde zu einem Teil des Kampfes gegen den damaligen Parteivorsitzenden Erich Mende, aber auch zum Symbol für den Wunsch nach einer Koalition mit der SPD. Schollwer war dieser Zusammenhang durchaus bewußt. 1969 kandidierte er im Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen zum Deutschen Bundestag, mit ihm kandidierte für die CDU ausgerechnet Walter Hallstein, dessen „Doktrin“ Schollwer seit 1962 bekämpft hatte!

Mit der Bildung der Koalition aus SPD und FDP ging Schollwers Parteikarriere zu Ende. Als Karl Moersch, von 1962 bis 1964 Pressechef der FDP und von Schollwer hoch geschätzt, Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt wurde, bot er Schollwer die Stelle des Leiters des Inland-Referates an. Nach einigem Zögern sagte Schollwer zu, wissend, daß sein Einfluß in einem Ministerium nie so hoch sein konnte, wie in der kleinen FDP. Er wechselte 1972 zum Planungsstab des Auswärtigen Amtes und blieb dort bis zu seiner Pensionierung im Februar 1987. Hier wie auch während seiner Parteitätigkeit setzte er fort, was er als LDP-Funktionär begonnen hatte: er schrieb Tagebücher. Die Beobachtung von Menschen und die Reflexion über das Erlebte und das Erfahrene waren zu einem Bestandteil seines Lebens geworden.

⁶ Ebenda, S. 208–217.

⁷ Ebenda, S. 204–208.

III.

Grundlage des vorliegenden Textes sind lose Tagebuchblätter, Originaltagebücher und Notizbücher aus den Jahren 1948 bis 1950 sowie eine Sammlung von zeitgenössischem Material aus dem gleichen Zeitraum. Im Februar/März 1951 schrieb Schollwer den Text der losen Tagebuchblätter in Kladden ab, wobei zwei Kladden für die Zeit vom 8. Mai bis 11. Juli 1948 und vom 12. Juli 1948 bis zum 11. Januar 1949 entstanden. Für den Zeitraum vom 4. April bis zum 7. Mai 1948 existieren lose Tagebuchblätter; für die Zeit vom 15. Januar bis zum 26. September 1949 und vom 3. Oktober 1949 bis zum 18. März 1951 liegen Originaltagebücher vor. Alle diese Unterlagen befinden sich im Besitz von Wolfgang Schollwer.

Vom November 1972 bis zum Juli 1973 schrieb Schollwer die beiden Kladden sowie die losen Tagebuchblätter und Originaltagebücher maschinenschriftlich ab, kürzte sie um private Aufzeichnungen und ergänzte die Lücken – z. B. für das erste Quartal 1948 – durch die Eintragungen aus seinen Notizbüchern und Angaben aus den Einladungen und Protokollen, die er nahezu vollständig aufbewahrt hatte. So entstand der Tagebuchtext, den er um Auszüge aus den Monatsberichten an die Sowjetische Militäradministration ergänzte. Die im Text zitierten Zeitungsnotizen/-meldungen stammen aus seinen Tagebüchern, waren entweder dort eingeklebt oder abgeschrieben und wurden von Schollwer wörtlich in den vorliegenden Text übernommen.

Es wurde darauf verzichtet, den Text der Maschinenabschrift mit der handschriftlichen Vorlage Wort für Wort zu vergleichen; in allen Fällen, wo die Herausgeberin Zweifel hatte, ob die Abschrift von 1972/73 nicht durch eine spätere Wertung beeinflusst worden war, stellte sich heraus, daß der Text wörtlich mit den ursprünglichen Texten übereinstimmte. In Gesprächen zwischen Wolfgang Schollwer und der Herausgeberin wurde der vorliegende Tagebuchtext an wenigen Stellen geringfügig stilistisch geändert, die falsche Schreibung von Namen korrigiert, Namen aus Gründen des Personenschutzes anonymisiert. Die Zwischenüberschriften waren im ursprünglichen Text nicht enthalten.

1973 verfaßte Schollwer den „Rückblick auf das Jahr 1947“ und versah seinen Tagebuchtext mit Anmerkungen. Für diese Anmerkungen benutzte er vor allem das umfangreiche Material, das er während seiner Tätigkeit gesammelt und das er, als die Flucht für ihn feststand, nach und nach nach Westberlin geschmuggelt hatte. Es handelt sich um Protokolle, Korrespondenzen, Rundschreiben, Flugblätter, Zeitungsausschnitte und die Monatsberichte an die Sowjetische Militäradministration – eine wertvolle Quelle zur Geschichte der SBZ und der DDR von 1948 bis 1950. Dieses Material befindet sich jetzt im Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach (in den Anmerkungen zitiert mit AdL und laufender Nummer). Schollwers Anmerkungen wurden von der Herausgeberin mit den

vorhandenen Quellen verglichen und belegt; einige Anmerkungen wurden neu hinzugefügt.

Die Kurzbiographien wurden für die vorliegende Publikation erstellt. Aufgenommen wurden alle Personen, die in Schollwers Text eine Rolle spielen und über die biographische Angaben zu machen waren. Wenn möglich, wurde die Parteizugehörigkeit vor 1933 und nach 1945 erfaßt, in den Angaben über die berufliche und politische Tätigkeit wurde keine Vollständigkeit erstrebt, sondern nur die wichtigsten Funktionen aufgeführt.

Die im Anhang abgedruckten Dokumente belegen und ergänzen die Aspekte, die in Schollwers Tagebuch eine wichtige Rolle spielen: 1) Die Jugendarbeit der LDP, 2) Die Haltung der LDP zur „Nationalen Front“ und zur Gründung der DDR, 3) Die Konflikte Schollwers mit der LDP. Alle Dokumente stammen aus dem Besitz von Wolfgang Schollwer und befinden sich jetzt im Archiv des Deutschen Liberalismus. Sie wurden ungekürzt abgedruckt.

Ich danke Wolfgang und Inge Schollwer, Wolfgang Benz und Wulf Busch für die gemeinsame Arbeit.

Monika Faßbender